

Verkaufspläne sorgen für Aufruhr

Von Katy Krause

Was wird aus dem Katharinenhof in Blankenese? Politiker fordern Immobilie zurück

Blankenese. "Grundstücksgröße: etwa 7125 Quadratmeter, Mietfläche: 1985 Quadratmeter, Kaufpreis: gegen Gebot", heißt es in einem 20-seitigen Immobilienexposé, das dem Abendblatt vorliegt und dessen Echtheit bestätigt wurde. So nüchtern das Zahlenwerk klingt, so viel Sprengkraft birgt es. Denn bei der hier von Engel & Völkers Commercial einem auserlesenen Kundenkreis angebotenen Immobilie handelt es sich um den Blankeneser Katharinenhof.

Die klassizistische Villa im Bours Park an der Elbchaussee gehört zum kulturellen Erbe Hamburgs und steht seit 1940 unter Denkmalschutz. Viele Anwohner verbinden zudem Erinnerungen mit dem Haus, das einst im Besitz der Stadt war, und das Ortsamt und die öffentliche Bücherhalle beherbergte. Der vom Investor angestrebte Verkauf der Immobilie ist Höhepunkt einer sich seit Jahren hinziehenden Auseinandersetzung um die Sanierung und den Erhalt des Herrenhauses. Die Emotionen schlagen dementsprechend hoch.

Das zeigte auch die Sitzung der Altonaer Bezirksversammlung am Donnerstagabend. Dort war der Katharinenhof Thema. Der Antrag von SPD und FDP, der einstimmig bei Enthaltung der CDU angenommen wurde, hat es in sich. Der Ton ist scharf. Da ist die Rede von Vertragsverletzungen, einem Verkauf zu Lasten der Stadt und Subventionsmissbrauch. Was die Bezirkspolitiker so erzürnt? Sie fühlen sich vom Investor getäuscht. 2009 bekam das Unternehmen des Blankenesers Peter Bishop den Zuschlag für die städtische Immobilie, an der damals einige Käufer interessiert waren. Bishop überzeugte mit seinem Konzept, einen Think Tank für die Luftfahrtindustrie dort einzurichten. Das Konzept wurde aber nie realisiert. Genauso wenig wie die vereinbarte Sanierung der Immobilie.

Acht Jahre nach dem Verkauf sind zwar das Dach und die äußere Fassade beinahe fertig, aber im Inneren gibt es noch viel zu tun, wie die Denkmalschutzbehörde auf Nachfrage bestätigt. "Es gibt jedoch keine Handhabe von Seiten des Denkmalschutzgesetzes, den Eigentümer zum zügigeren Arbeiten zu zwingen", erklärt Sprecher Enno Isermann. Obwohl die im Vertrag vereinbarte Nutzungsbindung von zehn Jahren bis 2019 läuft, taucht nun auch noch die Immobilienofferte auf.

Den Bezirkspolitikern aus Altonaer reicht es und das über alle Fraktionen hinweg. "Jetzt ist der Punkt gekommen, da ist Schluss mit lustig", sagte Thomas Adrian. Der SPD-Fraktionschef gab zu, lange den Beteuerungen des Investors geglaubt zu haben. Doch nun habe er jegliches Vertrauen verloren. "Herr Bishop will oder kann sein Konzept nicht durchbringen und die Immobilie wird nicht vertragsgerecht hergerichtet", stellte auch Sven Hielscher für die CDU fest. Die Christdemokraten wollten die Debatte darüber, wie es weitergehen kann, allerdings gern nichtöffentlich führen.

Einig waren sich aber alle Bezirkspolitiker darin, dass sie die Villa retten und die Immobilie zurück haben wollen. In dem beschlossenen Antrag fordern sie Antworten von den in diesem Fall involvierten Hamburger Behörden. Unter anderem soll geklärt werden, ob die Stadt den Vertrag rückabwickeln kann. Ist das nicht möglich, soll die Option eines Vorkaufsrechts durch die Stadt geprüft werden. Zudem soll geklärt werden, inwieweit Fördermittel zur Einrichtung eines Think Tanks von der Stadt oder dem Bund geflossen sind und inwieweit der Stadt ein finanzieller Schaden entstanden ist. Denn im Antrag von SPD und FDP ist die Rede davon, dass der Blankeneser Investor die städtische Immobilie damals für 350.000 Euro bekam. Nun sollen Anfragen von Interessenten ergeben haben, dass der Verkäufer heute sechs Millionen Euro haben will.

Und Bishop selbst? Der redegewandte Brite war für eine Stellungnahme auch auf mehrfache Nachfrage nicht zu erreichen.